

**HESSISCHER LANDTAG**

09.11.2006

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen**Änderungsantrag
der Fraktion der CDU****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)
Drucksache 16/6011**

Einzelplan 05 Hess. Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel: 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan: 17

Produktbezeichnung lt. Leistungsplan: Referendarausbildung

von **Veränderung** um auf**Leistungsplan:**

Gesamtkosten	29.494.000	625.000	30119000
Produktabgeltung	29494000	625000	30119000

Erfolgsplan:

Pos. Lt. EP	Bezeichnung			
5-8	Betriebsaufwand			
6	- Gehälter	84443900	537100	84981000
6	- Sozialabgaben und Altersversorgung	80015900	62900	80078800
6	- Sonstiger Personalaufwand	1492000	25000	1517000
9-10	Steuererträge und Leistungsabgeltung	403132400	625000	403757400

Kameraler Haushalt:

Ausgaben			
Hauptgruppe 4	290800900	625000	291425900
Kameraler Zuschuss	213462800	625000	214087800

Plan-/Stellenveränderungen:

Neue Plan-/Stellen	200 Rechtsreferendare/innen
---------------------------	-----------------------------

Sonstige Veränderungen:

z.B. Produktblatt, Bewirtschaftungsvermerke, Haushaltsvermerke

zu Kap. 05 04 - Ordentliche Gerichte - Stellenübersicht 425 00

Vergr.: Rref; Kennung: 001; Stellen: 2460

Die Stellen dürfen auch mit Rechtsreferendaren/innen im Beamtenverhältnis besetzt werden.

Hiervon dürfen zu den Einstellungsterminen Januar, März, Mai und Juli 2007 maximal 170 Stellen und zu den Einstellungsterminen September und November 2007 maximal 270 Stellen neu besetzt werden.

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Resthaushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Im derzeit letzten laufenden Termin der ersten juristischen Staatsprüfung (alten Rechts) befinden sich eine ungewöhnlich hohe Zahl von Kandidatinnen und Kandidaten. Grund dafür ist eine künftig anders geartete Prüfung, bestehend aus staatlicher Pflichtfachprüfung und universitärer Schwerpunktbereichsprüfung. Viele Kandidaten waren bestrebt, noch die herkömmliche Prüfung zu absolvieren. Diese Kandidaten werden im Mai/Juni nächsten Jahres die mündliche Prüfung ablegen, viele von Ihnen werden sodann - voraussichtlich im September 2007 - die Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst beantragen. Um der zu erwartenden vorübergehend hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in vertretbarer Zeit entsprechen zu können, ist die Einstellungszahl zunächst für die Monate September und November 2007 von 170 auf 270 zu erhöhen, was eine Erhöhung der Gesamtstellenzahl der Rechtsreferendare von 2260 auf 2460 bedeutet. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Referendarausbildungsplätzen auf ein Niveau erheblich unterhalb der bisher durchschnittlich in Anspruch genommenen Ausbildungskapazität absinken wird, sobald die Kandidatinnen und Kandidaten aus dem letztmöglichen Termin für eine erste juristische Staatsprüfung nach altem Recht in das Referendariat eingetreten sind.

Für die zusätzlichen Rechtsreferendarstellen wurden zusätzliche Mittel von 600.000 Euro und für die zusätzlichen Arbeitsgemeinschaftsleiter von 25.000 Euro etabliert.

Wiesbaden, 09.11.2006

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende
Dr. Christean Wagner (Lahntal)